

Berichte aus Stadt und Kanton Zürich



1. Hälfte Monat März 2021

1. März

Das Rafzerfeld ist ein Brückenkopf des Kantons Zürich nördlich des Rheins. Es besteht seit der Eiszeit aus zwei Teilen, dem oberen und dem unteren Rafzerfeld, geteilt durch zwei Hänge. Seit den 1960er Jahren wird dort das «graue Gold», das Kies, abgebaut und zwar ohne Rücksicht auf die Landschaft. Die beiden das Feld teilende Hänge wurden ebenso wegtransportiert wie weite Teile des übrigen Feldes. Lange ging man davon aus, dass das Rafzerfeld eine grosse Grube bleiben würde. Endlich hat man sich eines Besseren besonnen und einen neuen kantonalen Gestaltungsplan für das Rafzerfeld entwickelt, der Wiederauffüllungen der Gruben mit anfallendem, unbelastetem Aushubmaterial von Baustellen vorsieht. Seit einiger Zeit gibt es mehr Aushubmaterial als Kies abgebaut wird, so dass mit der Zeit grosse Flächen zurückgewonnen werden können. Da soll zum Beispiel eine Fläche von 133 Hektaren wieder von der Landwirtschaft genutzt werden können. Noch gilt dieser Gestaltungsplan

nur für einen Teil des Feldes, doch soll die andere Hälfte in absehbarer Zeit ebenfalls Gegenstand eines Gestaltungsplanes werden.

2. März

Ein interessantes Urteil des Zürcher Obergerichtes. Ein Automobilist hat über eine Facebook-Gruppe vor einer Geschwindigkeitskontrolle gewarnt, und zwar, als er sich in Deutschland, gleich jenseits der Grenze, befand. Sein Anwalt argumentierte, das Zürcher Gericht sei für eine Straftat, die im Ausland begangen wurde, nicht zuständig. Gemäss Urteil ist bei der Festlegung der Gerichtszuständigkeit auch der Ort zu berücksichtigen, wo sich die Straftat auswirke. Das Gericht bejahte deshalb seine Zuständigkeit.

Über Ostern 2020 hatten im Kanton 30'000 Firmen Kurzarbeit beantragt. Mehrere Hunderttausend Angestellte waren betroffen. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) prüft die Gesuche und bewilligt auch eine Entschädigung für Karfreitag und Ostermontag. Das SECO, das Staatssekretariat für Wirtschaft verneint eine Berechtigung für eine Entschädigung für diese beiden gesetzlichen Feiertage und fordert vom Kanton Zürich die Rückzahlung der 1,87 Millionen Franken. Der Kanton Zürich hat jetzt eine Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen erhoben.

Die Wohnbautätigkeit in der Stadt Zürich wird seit langem vom Ersatzbau geprägt. Im letzten Jahrzehnt (2011–2020) waren 50 Prozent aller Neubauwohnungen Wohnersatzbauten, bei denen vorgängig andere Wohngebäude oder ganze Siedlungen abgebrochen worden waren. 40 Prozent der Wohnungen entstanden im Zuge von Umnutzungen, zumeist von Industriearealen. Nur 10 Prozent aller Neubauwohnungen wurden auf zuvor unbebautem Gebiet erstellt – wobei dies meist nicht Wiesen waren, sondern Lagerareale, Parkplätze oder Schrebergärten. 2020 fiel der Wohnersatzbau mit 848 neuen Wohnungen so tief aus wie noch nie in diesem Jahrzehnt. Der Rückgang kam zustande, weil die Genossenschaften nur 204 Einheiten im Wohnersatzbau fertigstellten – in den drei Vorjahren waren es je rund 900 Einheiten gewesen. Bei den anderen Bauträgern war eher ein Anstieg festzustellen. Durch Umnutzung entstanden 858 Neubauwohnungen; der Hauptteil entfiel wie üblich auf private Gesellschaften, die im letzten Jahrzehnt etwa 60 Prozent der Umnutzungsflächen bebauten. Nur 66 Wohnungen entstanden 2020 auf unbebautem Gebiet. Soweit die Zahlen des statistischen Amtes der Stadt Zürich. Nicht gesagt wird, dass die abgebrochenen Wohnungen meist zu günstigen Preisen zu haben waren, dass die Neubauwohnungen oft unerschwinglich sind. Das Erreichen des Ziels der Stadt, dass bis im Jahr 2050 ein Drittel aller Wohnungen gemeinnützig sein sollen, wird immer unwahrscheinlicher.

3. März

Bundesrat Berset (SP) war auf Besuch bei den Zürcher Regierungsrätinnen Natalie Rickli (SVP) und Silvia Steiner (Mitte, ex CVP). Thema war natürlich Corona. Da ist man sich Dezember ja ziemlich in die Haare gefahren. Heute haben sich die Gemüter wieder etwas beruhigt, Zürich hat ja keine Skirestaurant-Terrassen. Dafür gibt Unstimmigkeiten beim Verteilschlüssel des Impfstoffes, Zürich fühlt sich benachteiligt. Gemeinsam besuchten die 3 Magistrat*innen das Contact-Tracing-Center am Flughafen. Der Kanton hat hier und in Pfäffikon «eine Firma» mit 800 Mitarbeitenden aufgebaut.

Der Freisinnige Stadtrat Michael Baumer meldet seine Kandidatur für die Wahlen von 2022 an. Auch Andreas Hauri (Grün-Liberal) will seinen Sitz verteidigen. SP und Grüne dürften in den nächsten Tagen ihre Positionen bekannt geben.

An der Magnusstrasse 27 in 8004 Zürich steht eines der drei «Gammelhäuser». Nach einem Brand am 2. Juli 2016 wurde das Haus geräumt, alle sanitären und elektrischen Einrichtungen entfernt und zugemauert, um eine Besetzung zu verhindern. Jetzt wurde es doch besetzt. Auf einem Transpi steht zu lesen: *Feministisch besetzt -Ein Zuhause für alle*. Die Stadt hat mit den Besetzer*innen Kontakt aufgenommen. Ziel ist eine Nutzungsvereinbarung. Die Stadt plant hier, die Wohnungen zu sanieren und teuer zu vermieten. So soll eine Vierzimmerwohnung mit 80 Quadratmetern im Monat, ohne Nebenkosten, Fr. 2580.00 kosten! Ursprünglich wollte die Stadt das Haus nach einer sanften Sanierung Asylbewerber*innen zu Verfügung stellen. Aus dem Quartier sei Kritik gekommen...

Der Financier Urs E. Schwarzenbach, unter anderem Besitzer des Grand Hotel Dolder, ist vom Bezirksgericht Zürich wegen Steuerdelikten mit Kunstwerken zu einer Busse von 6 Millionen Franken verurteilt worden. Der Prozess wird sicherlich vor dem Bundesgericht enden!

Die gemeinderätliche Kommission, die den kommunalen Richtplan vorberaten wollte, hat seine _Arbeiten vertagt, da in den Augen der links-grünen Mehrheit dieser Plan derart mangelhaft sei. Es geht um das Veloschnellnetz, dessen Planung im Departement von Richi Wolff arg in Verzug geraten ist. Auch die Schicksalsschlacht um die Parkplätze, es geht um den Abbau von 770 Stück ist noch nicht geschlagen. Parkplätze und Velorouten werden uns wohl noch einige Zeit begleiten.

4. März

Das Arbeitsgericht in Bülach hat ein wegweisendes Urteil gefällt. In Zukunft ist die Umkleidezeit im Spital Bülach als Arbeitszeit zu werten und deshalb auch zu entschädigen. Dies gilt für die 9 Klägerinnen des Spitals Bülach rückwirkend seit 2016. Eine analoge Klage gegen das Universitätsspital ist noch offen. Bei den Spitälern der Stadt Zürich schafft das angepasste Personalreglement Klarheit: Die Umkleidezeit ist zu bezahlen. Ein Erfolg der Gewerkschaft vpod.

Die Ausgangslage für die Wahlen in den Zürcher Stadtrat konkretisiert sich: Die beiden Grünen Karin Rykart und Daniel Leupi stellen sich wieder zur Wahl. Darüber hinaus meldet die Grüne Partei den Anspruch auf einen zusätzlichen Sitz im Stadtrat an. Unklar ist noch, ob Filippo Leutenegger wieder kommt und auch bei der SP haben die Bisherigen noch nicht alle ihre Pläne bekannt gegeben. Sicher ist aber, dass die Freisinnigen eine Zweiertvertretung wieder anstreben und dass die SP mit 4 Kandidierenden kommen wird. Das bedeutet, dass Links-Grün zusammen 8 Sitze beansprucht, die Grünliberalen einen und der Freisinn zwei. Wahrscheinlich kommt dann noch eine Kandidatur von Seiten der SVP. Die 9 Sitze im Stadtrat sind also heiss umkämpft.

Im Gemeinderat wurde die neue «Altersstrategie 2035» besprochen und einstimmig verabschiedet. Die Alten sollen viel weniger ins Alters- und Pflegeheim müssen, da Spitex und andere Formen der Betreuung zu Hause ausgebaut werden. Es sollen mehr Alterswohnungen gebaut werden. Dieser Punkt war bei der Erarbeitung der Strategie immer wieder von allen Seiten betont worden. Auch Alters-WGs sind in der Planung. Es wurden fast sämtliche Wünsche in die Strategie aufgenommen. Darum haben denn auch alle Parteien zugestimmt. Bei einem Ausbau der Betreuung zu Hause dürften bis 2035 etwa 600 der heute bestehenden 6400 Pflegebetten in den Heimen überflüssig werden, was zu einigen Einsparungen führen dürfte. Dem stehen allerdings grosse Mehrausgaben gegenüber. Darüber schweigt sich das Papier aus. Deshalb wurde es im Rat den auch kritisiert und als «nebulös und aalglatt» bezeichnet. Politisch Relevantes haben man gemieden, wie der Teufel das

Weihwasser. Wir warten auf die Realisierung und Finanzierung der versprochenen 44 Massnahmen.

5. März

Die Stadt Zürich besitzt rund 9200 Wohnungen. Nun hat sie allen ihren Mieter*innen ein Jahresabonnement für Mobility im Wert von Fr.129.00 geschenkt. Die Stadt hofft so, ihre Mieter*innen zum Verzicht auf ein eigenes Auto zu bewegen und so eher die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen.

Die Regierungsrätin Jacqueline Fehr hat erreicht, dass den selbständigen Künstler*innen pro Monat Fr.3840.00 pro Monat ausbezahlt wird. Bis Ende Januar 2021 übernimmt der Kanton mit gewissen Einschränkungen die Kosten. Ab Februar 2021 will der Kanton Zürich dann nach den Vorgaben des Bundes handeln. Kommentar in der NZZ: «Bitte keine Staatskünstler!»

Das Trauerspiel um das Züricher Universitätsspital ist um ein Kapitel reicher. Die kantonsrätliche Untersuchungskommission in Sachen Professor Maisano hat einen 76-seitigen Bericht vorgelegt und stellt gravierende strukturelle Mängel in der Führung des Spitals fest. Maisano wird weitgehend rehabilitiert. Die Presse (sprich «Tages-Anzeiger» kommt schlecht weg. Es werden 75 Empfehlungen ausgesprochen, die vom Spital, der Gesundheitsdirektion und von der Politik umzusetzen sind. Moniert werden die Führungsstrukturen, die Doppelanstellungen eines Professors durch die Universität und das Universitätsspital, eine eigentliche Angstkultur, die in den Kliniken dank ihrer starken Hierarchien herrschen. Klinikdirektoren hätten eine zu grosse Machtfülle. Klinikdirektoren haben oft Mandate und Anteile bei Privatfirmen, was zu Interessenskonflikten führen könne. Die Qualitätskontrolle sei verbesserungswürdig. Und schliesslich ortet die Kommission auch Versäumnisse beim Parlament, dem gewisse Mängel seit Jahre bekannt sind, das bisher aber nichts unternommen hat. Wer sich genauer informieren will, der lese den langen, detaillierten Bericht in der Online-Zeitung «Republik». Der Bericht ist sehr detailliert, sehr lang (45 Seiten) und sehr gut recherchiert. Wirklich lesenswert! Allenfalls kann dieser bei mir angefordert werden. (medici@swissonline.ch)

8. März

Wir haben sie verloren, die Abstimmung über das Nennen der Täternationalitäten. Allerdings hat die Stadt diesem rassistischen Anliegen eine Abfuhr erteilt, aber das Land hat die Stadt überstimmt.

Am vergangenen Samstag haben kämpferische Frauen auf ihre Weise den Frauentag vom 8. März gefeiert. Geplant war ein «Polit-Parcours». An unterschiedlichen Orten führten verschiedene Gruppen kleinere Aktionen durch, Die Polizei löste aber bis kurz vor 15 Uhr fast alle Parcours-Standpunkte auf. Die Polizei gebrauchte auch Reizstoffspray. Darauf formierte sich ein Demonstrationsumzug mit gut 500 Personen zu einem Gang durch den Kreis 4 und endete in der Bächeranlage. Am Hechtplatz versammelten sich etwa 100 Personen, die fleissig von der Polizei gefilmt wurden. Fehlanzeige. Die Frauen standen Schlange vor einem Kleiderladen!

In der Stadt Zürich werden die Gebühren auf den Züri-Säcken um ganze 25% gesenkt. Die Volkswirtschaftsdirektion stellt die neuesten Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung vor. Die Pandemie dürfte die Zürcher Volkswirtschaft bis Ende 2021 rund 15 Mia. Franken Wertschöpfung kosten. Die Wirtschaftsleistungen schrumpften im Jahre 2020 gesamthaft um fast 4 Prozent. Das Gastgewerbe verlor 40 Prozent, der Verkehr 22 Prozent. Die Pandemie

beschleunigt auch den Wandel der Wirtschafts- und Beschäftigtenstruktur. Die Gastronomie verlor etwa 3400 Vollzeitstellen. Der Bereich Gesundheit und Soziales legte dafür um 2300 Stellen zu, IT wuchs um 1900 und die Elektroindustrie um 1270 Stellen. Die Anzahl der Stellensuchenden erhöhte sich seit Februar 2020 um 48% auf über 46000. Am meisten Arbeitslose zählte die Altersgruppe von 30 bis 34 Jahren, nämlich 4427 Menschen. Bei den 55 bis 59 Jahren waren es 2869 und bei den 60 bis 64jährigen waren es 1918 Betroffene. Hilfskräfte im Reinigungsbereich und im Gastgewerbe verzeichneten 5025 Arbeitslose, gefolgt von den akademischen Berufen mit 4810 und den Bürokräften mit 4216 Betroffenen. Im Bereich Bau und Ausbaugewerbe suchten 1717 Menschen eine Stelle.

9. März

Nachdem am vergangenen Samstag der erste Teil der Frauenproteste zum 8. März stattfand hat es am eigentlichen 8. März weitere Proteste gegeben, insbesondere auch gegen die exzessive Polizeigewalt vom Samstag. So ist auf einem Video zu sehen, wie ein Polizist eine verhaftete Frau, die bereits am Boden liegt, mehrmals gegen den Kopf schlägt. Das feministische Streikkollektiv Zürich hatte deshalb zu einer unbewilligten Sitzprotestaktion auf der Rudolf-Brun-Brücke aufgerufen. Die Demonstrantinnen riefen Parolen wie «Ich bin nichts! Ich kann nichts! Gebt mir eine Uniform!» Eine Mehrheit der Frauen blieben trotz einer Aufforderung der Polizei, wegzugehen, sitzen. Mehrere Dutzend erhielten eine Wegweisung. Das ehemalige Gründungsmitglied der linken Wochenzeitung WOZ und Gründer der Arena-Sendung im Schweizer Fernsehen ist heute freisinniger Stadtrat von Zürich. Heute wird bekannt, dass auch Filippo Leutenegger wieder kandidieren wird, obschon er im Wahljahr bereits 69 Jahre alt wird.

Im Kanton Zürich leben rund 15% oder 140'000 Menschen im erwerbsfähigen Alter, die weder lesen, schreiben noch rechnen können, wobei nicht nur Migrant*innen betroffen sind, sondern hauptsächlich Menschen, die in der Schweiz die gesamte Volksschule durchlaufen haben. Die Folgekosten des funktionalen Analphabetismus werden im Kanton auf 224 Millionen Franken pro Jahr beziffert. Da hat im Kantonsrat sogar die SVP einem Kredit für sogenannte Lernstuben von 7.4 Millionen Franken zugestimmt, wobei dieser Betrag vom Bund verdoppelt wird. Es sollen 16 Lernstuben, im ganzen Kanton verteilt, eröffnet und über 4 Jahre geführt werden. Bereits sollen einzelne Kurse ausgebucht sein, Wartelisten müssen geführt werden.

10. März

Protestnote zur Polizeigewalt am 6. März gegen feministische Bewegung (gekürzt)

Am Samstag, dem 6. März, rief ein breites Bündnis von Frauen, Lesben, Inter-, Trans-, nonbinären und queeren Menschen (FLINTQ) unter dem Titel «8. März Unite» zu vielfältigen Aktionen in der Stadt Zürich auf, um auf kreative Weise ihre Wut und Kritik gegenüber der patriarchal-kapitalistischen und rassistischen Politik in der Schweiz kund zu tun. Die Aktionen waren nicht vom feministischen Streikkollektiv Zürich koordiniert, wurden aber von uns unterstützt. Die Protestnote richtet sich gegen die Polizeigewalt und die Repression, wie sie am 6. März praktiziert wurden. Die starke Repression zeigte sich auf vielfältige Weise, wie im vorgelegten Videomaterial ersichtlich ist. Es gab einen immensen Einsatz von Reizgas, teilweise aus 30cm Entfernung direkt ins Gesicht sowie massive Polizeigewalt gegen friedlich protestierende Personen (sie wurden grundlos aus der Menge gerissen, an den Boden geworfen und gedrückt, auf den Kopf geschlagen)

Folgende Fragen wollen wir schnell beantwortet haben:

- o Was für Konsequenzen hat dieser Exzess an Polizeigewalt? Wer wird wie für die brutalen Schläge auf den Kopf der Personen im Video zur Verantwortung gezogen?
- o Die Stadtpolizei filmt die Aktionen und Teilnehmer*innen vom feministischen Streikkollektiv exzessiv. Warum macht sie das und was passiert mit dem Filmmaterial?
- o Warum werden die friedlichen Gedenkproteste für die durch Femizide ermordeten Frauen auf dem NiUnaMenos-Platz (Helvetiaplatz) durch massive Repression verhindert?
- o Weshalb hat seit Frau Rykart Polizeipräsident ist, die Repression am 8. März so massiv zugenommen? Ist es ihre Strategie gegen feministische Bewegung vorzugehen?
- o Wieviel Ressourcen werden für diese Repressionsmassnahmen am 6. März ausgegeben und wieviel wird in die gezielte Überwachung der feministischen Bewegung investiert?

Wir fordern einen Erlass aller am 6. März ausgeteilten Bussen und eine klare Aufarbeitung der polizeilichen Gewalt am 6. März. Wir fordern ein Ende dieser Repression gegen legitime, feministische Proteste und Kritik – heute und in Zukunft.

Das feministische Streikkollektiv Zürich

Die Partei der Arbeit Zürich hat diese Protestnote mitunterzeichnet.

11. März

Ab Sommer 2023 soll die Langstrasse zwischen 5.30 Uhr und 22.00 Uhr für den motorisierten Individualverkehr gesperrt sein. Tagsüber wird der Verkehr auf die Verbindung Ankerstrasse/Kanonengasse verlagert. Dort wird Tempo 30 gelten und es sollen Lärmschutzfenster eingebaut werden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat eine Beschwerde gegen den Bau einer Seilbahn zwischen dem Mythenquai und dem Zürichhorn durch die Zürcher Kantonalbank abgewiesen. Ob dieses Projekt, das die ZKB anlässlich ihres 150igsten Geburtstages im Jahre 2020 realisieren wollte, wohl noch durchgezogen wird?

Im Zürcher Gemeinderat muss sich die Polizeivorsteherin Karin Rykart happige Vorwürfe

wegen der Gewaltorgie der Polizei gegen die friedliche Frauendemonstrationen vom 6. und 8. März anhören. Sie wehrt sich und greift den kantonalen Sicherheitsdirektor Mario Fehr an. Es seien dessen Weisungen, die die Stadt verpflichte, Demonstrationen aufzulösen. Der Kanton sei hier strikter als es der Bund vorgegeben habe. Das mag sein, erklärt aber die Brutalität der Polizei nicht. Im Gemeinderat wurden Karin Rykart verschiedene Fragen in diesem Zusammenhang gestellt. Wir warten auf die Antworten...

Vor dem Zürcher Bezirksgericht wurde der Fall eines 29-jährigen ETH-Doktoranten verhandelt, der an einem Angriff von Antifaschisten auf eine Gruppe von Faschisten einige dieser Herren, die mit Hitlergruss durch die Strassen spazierten, verprügelt haben soll. Dass er dabei war, lassen DNA-Spuren vermuten, die auf einer Schirmmütze und einer Sonnenbrille gefunden wurden. Der Angeklagte verweigerte konsequent jede Aussage, ergriff aber die Möglichkeit zu einem längeren Schlusswort. Darin erklärte er, der Antifaschismus könne sich nicht auf den bürgerlichen Staat im Kampf gegen den Faschismus verlassen, auf die Bourgeoisie schon gar nicht. Historisch gesehen habe diese immer Hilfe bei den Faschisten geholt. Dass sich das kapitalistische System in einer Krise befinde, was übrigens auch von Professoren der Handelshochschule St. Gallen so gesehen wird, würden neofaschistische Strömungen erstarken und müssten deshalb erbarmungslos bekämpft werden. Den Angriff der Antifaschisten auf eine Gruppe Nazis könne er deshalb nur gutheissen. «Es war das einzig Richtige». Zusätzlich wurde unserem Antifaschisten die Teilnahm an den Demonstrationen gegen den G-20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 vorgeworfen. Es kam dort zu Sachbeschädigungen. Ein Video belegt, dass er dort war. Der Staatsanwalt forderte 18 Monate bedingt, wegen versuchter schwerer Körperverletzung und wegen Landfriedensbruch. Allerdings konnte man dem Angeklagten nicht beweisen, dass er gewalttätig geworden wäre, nur seine Präsenz konnte belegt werden. Dies reichte dem Richter allerdings nicht. Sein Urteil: Freispruch in allen Punkten.

12. März

Jetzt ist es nicht mehr nur die Allianz gegen Racial Profiling, die sich gegen das Phänomen, aber auch für die betroffenen, farbigen Menschen einsetzt, die behauptet, die Zürcher Stadtpolizei kontrolliere Menschen mit nicht weisser Hautfarbe viel häufiger als Andere, sondern auch ein Drittel der befragten Stadtbevölkerung! Jetzt müssen nur noch die Gerichte diesen Tatbestand anerkennen.

Auch Corine Mauch, unsere Stadtpräsidentin steigt bei den nächsten Stadtratswahlen noch einmal in den Ring. Alle Bisherigen haben jetzt ihre Karten aufgedeckt, nur Richi Wolff von der AL tritt nicht mehr an. Die SP, die Freisinnigen und auch die Grünliberalen werden möglicherweise eine zusätzliche Kandidatur lancieren.

13. März

Heute kann man den Jahresabschluss 2020 des Kantons Zürich beurteilen. Das Erfreuliche zuerst: Es wird ein Überschuss von 499 Millionen Franken ausgewiesen- Und dies trotz Mehrbelastungen, die durch die Pandemie verursacht wurden. Man muss aber die Relationen beachten: 499 Millionen sind nur knapp 3% der Gesamteinnahmen des Kantons von 16,9 Milliarden Franken.- Budgetiert war ein Plus von 61 Millionen. Die unerwartet hohen Ausschüttungen von Nationalbank und Zürcher Kantonalbank haben mit zum guten Ergebnis beigetragen. Bei der Nationalbank waren dies 356 Millionen Franken, bei der ZKB immerhin

auch 100 Millionen. Bei den natürlichen Personen betrugen die über dem Vorjahr liegenden Steuerzahlungen 135 Millionen, bei den Firmen kamen 303 Millionen Franken weniger rein als im Vorjahr. Der Kanton investierte im Jahre 2020 1,33 Milliarden Franken, den höchsten Betrag seit 25 Jahren. Dies konnte er vollständig aus eigenen Mitteln finanzieren. Zusätzlich hat er noch 133 Millionen zum Schuldenabbau eingesetzt. Dies belaufen sich noch auf 4,28 Milliarden. Dem steht ein Eigenkapital von 10,5 Milliarden gegenüber. .Fazit: Ein Sparprogramm braucht es definitiv nicht!

15. März

Der Wolf ist bei uns angekommen. Er ist bei Bäretswil in eine Photofalle getappt und wurde geblitzt.

Am vergangenen Samstag fegte das Sturmtief Luis über den Kanton. Der Sturm erreichte eine Spitzengeschwindigkeit von über 110 km/h. Die Feuerwehr rückte über 70 Mal wegen Sturmschäden aus. Es ging um umgefallene Bäume, blockierte Strassen und umgefallene Baugerüste.

Die Stadt Zürich will ihre Veloparkhäuser attraktiver machen. Es gibt momentan zwei beim Bahnhof Oerlikon, je eines beim Bahnhof Altstetten, beim Hauptbahnhof und eines ist geplant beim Bahnhof Stadelhofen. Geplant ist ein Generalabonnement für alle fünf Häuser für einen Preis von Fr. 50.00 pro Jahr. Dieser günstige Preis soll die bislang mangelhafte Ausnützung verbessern. Warum führt man nicht wenigstens hier ein Gratis-GA ein?

Die Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft der ETH macht sich in einem Artikel Sorgen um die wirtschaftliche und soziale Planung des Kantons Zürich. Das Bundesamt für Statistik prognostiziert dem Kanton ein Wachstum von den heutigen 1,5 Millionen Einwohnern auf 2,2 Millionen bis 2040/2050. Das bedeutet ein Wachstum um 0,9% pro Jahr. Auch die offizielle Planung des Kantons geht von ähnlichen Zahlen aus. Dies bedeutet auch ein ähnliches Wirtschaftswachstum und einen entsprechenden Umweltverbrauch, eine zusätzliche Naturausbeutung, Verschmutzung und Zerstörung, die Zubetonierung, die Zerschneidung und eine zunehmenden Unwirtlichkeit der Städte. Die Autorin schliesst ihren Beitrag ernüchtert: «Vorerst planen und bauen wir!»